

**24.09.96**

**Antrag**

**der Freien und  
Hansestadt Hamburg**

---

**Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung der Anwendung  
der Außenhandelsvorschriften der EU-Bananenmarktordnung**

DER PRSIDENT DES SENATS                      Hamburg, den 24. September 1996  
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Dr. Edmund Stoiber

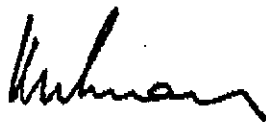
Sehr geehrter Herr Prsident,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat beschlossen, dem Bundesrat  
den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung der Anwendung  
der Außenhandelsvorschriften der EU-Bananenmarktordnung

mit der Bitte zuzuleiten, diesen gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des  
Bundesrates auf die Tagesordnung der Bundesratssitzung am 27. September  
1996 zu setzen.

Mit freundlichen Gren



**Dr. Henning Voscherau  
Erster Bürgermeister**

## **Entschießung des Bundesrates zur Aussetzung der Anwendung der Außenhandelsvorschriften der EU-Bananenmarktordnung**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Durchführung der Außenhandelsvorschriften der Gemeinsamen Marktordnung für Bananen (VO(EWG)93 vom 13.02.1993 ) vorläufig auszusetzen.

Der Bundesrat sieht sich in seiner Beurteilung, daß die Marktordnung mit den Vorschriften des GATT nicht vereinbar ist, durch die vom Bundesverfassungsgericht und vom Bundesfinanzhof geäußerten Zweifel an der Anwendbarkeit der darin enthaltenen Außenhandelsregelungen in Deutschland bestätigt. Der Bundesfinanzhof hat in einer Eilentscheidung deutlich gemacht, daß er dazu neigt, in der Frage der Anwendungsrangfolge den Vorrang des GATT vor dem Gemeinschaftsrecht anzunehmen. Eine endgültige höchstrichterliche Entscheidung dieser Frage wird im Hauptsacheverfahren getroffen. Ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung ist noch nicht festgelegt.

Die auf Appell des Bundesrates (Drs. 575/92, Drs. 74/93, Drs.275/96) unternommenen Bemühungen der Bundesregierung, eine GATT-konforme Umgestaltung der Marktordnung zu erreichen, sind bisher erfolglos geblieben.

Um für alle betroffenen Handelsunternehmen weitere nicht hinnehmbare Nachteile in ihrer Wettbewerbssituation bis hin zur Existenzbedrohung auszuschließen, hält der Bundesrat es für geboten, bis zur höchstrichterlichen Hauptsacheentscheidung die Anwendung der nicht GATT-konformen außenhandelsregelnden Marktordnungsvorschriften auszusetzen.

**Bundesrat**

**Drucksache**

**694/96 (Beschluß)**

**08.11.96**

**Beschluß**  
**des Bundesrates**

---

Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung der Anwendung der  
Außenhandelsvorschriften der EU-Bananenmarktordnung

Der Bundesrat hat in seiner 704. Sitzung am 08. November 1996 die aus der Anlage  
ersichtliche Entschließung gefaßt.

## Anlage

---

### Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung der Anwendung der Außenhandelsvorschriften der EU-Bananenmarktordnung

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß die Außenhandelsvorschriften der Gemeinsamen Marktordnung für Bananen (VO (EWG) 404/93 vom 13.02.1993) in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des GATT gebracht werden.

Der Bundesrat sieht sich in seiner Beurteilung, daß die Marktordnung mit den Vorschriften des GATT nicht vereinbar ist, durch die vom Bundesverfassungsgericht und vom Bundesfinanzhof geäußerten Zweifel an der Anwendbarkeit der darin enthaltenen Auenhandelsregelungen in Deutschland bestätigt. Der Bundesfinanzhof hat in einer Eilentscheidung deutlich gemacht, daß er dazu neigt, in der Frage der Anwendungsrangfolge den Vorrang des GATT vor dem Gemeinschaftsrecht anzunehmen. Eine endgültige höchstrichterliche Entscheidung dieser Frage wird im Hauptsacheverfahren getroffen. Ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung ist noch nicht festgelegt.

Die auf Appell des Bundesrates (BR-Drs. 575/92 (Beschluß), BR-Drs. 74/93 (Beschluß), BR-Drs. 275/96 (Beschluß)) unternommenen Bemühungen der Bundesregierung, eine GATT-konforme Umgestaltung der Marktordnung zu erreichen, sind bisher erfolglos geblieben.

Um für alle betroffenen Handelsunternehmen weitere nicht hinnehmbare Nachteile in ihrer Wettbewerbssituation bis hin zur Existenzbedrohung auszuschließen, hält der Bundesrat es für geboten, bis zur höchstrichterlichen Hauptsacheentscheidung die Anwendung der nicht GATT-konformen auenhandelsregelnden Marktordnungsvorschriften auszusetzen. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, alle rechtlich zulässigen Schritte zur Erreichung dieses Ziels in die Wege zu leiten.